

Schriftliche Erklärung des Finanzministers des Libanon Jahrestagung der EBWE – Riga, 5.–7. Juni 2026

Erneut wird der Libanon auf die Probe gestellt – dieses Mal mit einer Kombination aus einem ausgedehnten und destruktiven Konflikt in der Region, tiefer wirtschaftlicher Fragilität und akutem humanitärem Druck mit mehr als einer Million Vertriebenen und Verwüstung in weiten Teilen des Landes. Dem Libanon entstehen unverhältnismäßig hohe Bürden aus diesem Konflikt auf seinem Staatsgebiet, der verheerende Folgen für die Menschen hat und immense wirtschaftliche Kosten mit sich bringt. Hier wird deutlich, wie dringend eine stärkere kollektive Unterstützung vonnöten ist, auch von Ländern der Europäischen Union und internationalen Partnern mit lange etablierten Beziehungen zum Libanon.

Auch unter diesen außerordentlich schwierigen Umständen ändert sich nichts an unseren klaren Prioritäten: Wahrung der makroökonomischen Stabilität, Erhaltung der Tragfähigkeit der Institutionen in Krisenzeiten und Schaffung der Voraussetzungen für Wiederaufbau und Reformen, sobald die Kampfhandlungen zu Ende gehen.

Der Weg des Libanon in Richtung Erholung und Reform ist untrennbar mit dem dringenden Bedürfnis nach Sicherheit und dauerhafter Stabilität verknüpft. Vor allem anderen hat der Libanon eine Einstellung der Feindseligkeiten und die Rückkehr zu einer nachhaltig gefestigten Lage nötig – und keine labile Waffenruhe, die nicht genügt, um für Langzeitstabilität zu sorgen. Der fortgesetzte Konflikt verlangt menschlich, sozial und wirtschaftlich gesehen einen bitteren Preis. Gleichzeitig zögert er die Erholung weiter hinaus und versetzt ohnehin überforderte Institutionen und angespannte öffentliche Finanzen immer stärker unter Druck.

Es bestehen nach wie vor massive makroökonomische Risiken. Die Wirtschaftskontraktion, hohe Teuerungsraten, rückläufiger Tourismus, Versorgungsunterbrechungen, höhere Kraftstoff- und Einfuhrkosten und geringere Zuflüsse aus Überweisungen belasten zunehmend die Devisenliquidität und Zahlungsbilanz. Die Volkswirtschaft wird auch durch die Zerstörungen im Süden und die Vertreibung von mehr als einer Million Menschen schwer beeinträchtigt. 2025 zeichnete sich bei Wachstumsprognosen von 3,5 Prozent eine gewisse Erholung ab, doch 2026 dürfte das BIP drastisch abfallen, sollte der Konflikt in der Region das Vertrauen und das Wirtschaftsgeschehen weiter belasten.

Gleichzeitig besteht gemessen am Ausmaß des Bedarfs in den Bereichen humanitäre Hilfe, Wiederaufbau und wirtschaftliche Erholung noch immer nicht genügend

finanzpolitischer Spielraum, noch reichen die Devisenbestände aus. Die Regierung hat ihre Ausgaben daher auf dringende humanitäre Prioritäten ausgerichtet – darunter Ernährungssicherheit, Gesundheitswesen, Unterkunft und unverzichtbare öffentliche Dienste. Gleichzeitig treibt sie Schlüsselreformen weiter voran, die auf verbesserte Governance und öffentliche Haushaltsführung, die Effektivität der Institutionen sowie mehr Digitalisierung und Transparenz abzielen.

Seit der Regierungsbildung Anfang 2025 sind wichtige Schritte getan worden, um die institutionellen Kapazitäten zu stärken, Gesetzesreformen zu fördern, ein aktives Entwicklungsportfolio in kritischen Sektoren zu führen und seit langem erwartete Strukturreformen voranzutreiben. Die Regierung kommt besonders mit der Restrukturierung des Bankensektors und der Verlustverteilung voran und ist bemüht, das Vertrauen in das Finanzwesen wiederherzustellen. Die Sanierung des Finanzsektors ist weiter von zentraler Bedeutung, damit Einlagen gesichert, die Finanzintermediation wiederbelebt, Investitionen angezogen sowie privatwirtschaftliches Wachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze unterstützt werden können.

Parallel dazu konzentriert sich die Regierung in erster Linie auf die Anwerbung von Investitionen und die Mobilisierung des Privatsektors durch öffentlich-private Partnerschaften. Ferner will sie die Diaspora des Libanon in eine breitere Strategie einbeziehen, deren Ziel es ist, die Wirtschaft erneut in Schwung zu bringen und Gelegenheiten für nachhaltiges und inklusives Wachstum zu schaffen. Der Libanon bereitet sich darüber hinaus auf eine Verpflichtung im Zuge einer Vereinbarung auf Arbeitsebene (staff-level agreement/SLA) mit dem IWF vor, mit deren Hilfe ein glaubwürdiger Reformrahmen für die Zeit nach der Krise verankert werden kann.

Auf regionaler Ebene ist der Libanon der Auffassung, dass verstärkte wirtschaftliche Integration und Vernetzung zu wichtigen Triebmotoren für Erholung und Resilienz werden können. Daher intensivieren wir Bemühungen zur Verbesserung von Wirtschaftsbeziehungen, Handel und Investitionskooperation in der Region als Teil einer weitreichenden Vision für nachhaltiges Wachstum.

In diesem Kontext weiß die Regierung des Libanon die starke und kontinuierliche Unterstützung der EBWE für ihr Land und seinen Privatsektor sehr zu schätzen. Wir begrüßen, dass die Bank ihren Einsatz für den Libanon und den östlichen Mittelmeerraum im Rahmen ihrer Initiative zur Reaktion auf den Nahostkonflikt (Middle East Conflict Response/MECR) bekräftigt hat, die darauf abzielt, die Auswirkungen des andauernden Konflikts zu bewältigen und in der ganzen Region für mehr Tempo bei kritischen Investitionen zu sorgen.

Besonders ermutigt hat uns die jüngste Wiederaufnahme gezielter Investitionstätigkeiten der EBWE in der libanesischen Privatwirtschaft, darunter das erste Darlehen an ein libanesisches Unternehmen seit 2019. Das ist ein bedeutsames Signal der Zuversicht in einer Zeit, in der es dringend nötig ist, das Anlegervertrauen wiederherzustellen und die Widerstandsfähigkeit des Privatsektors zu steigern.

Die Regierung schätzt auch die enge Zusammenarbeit zwischen der EBWE, libanesischen Institutionen und der Privatwirtschaft zur Bewältigung der unmittelbaren Folgen der Krise, in deren Zuge bereits die Weichen für wirtschaftliche Erholung und Wiederaufbau gestellt werden. Damit die EBWE ihre Fördermaßnahmen im Libanon verstärken kann, wird die solide Unterstützung durch Geber auch weiter eine wesentliche Rolle spielen. Mit Blick darauf möchten wir der Europäischen Union unsere Wertschätzung für die Verlängerung ihres Bürgschaftsprogramms aussprechen, das die jüngsten Finanzierungen der EBWE im Libanon ermöglicht hat, und wir befürworten eine Fortsetzung der bilateralen Unterstützung für die Initiativen der Bank im Rahmen der Konfliktreaktion.

Unsere Botschaft an die internationale Gemeinschaft ist klar: Es ist dem Libanon nicht möglich, sich aus eigenen Kräften zu erholen. Eine zeitnahe, koordinierte und flexible internationale Unterstützung bleibt unverzichtbar – nicht nur, um die unmittelbare humanitäre Not zu lindern, sondern auch, um Stabilität zu bewahren, die Erholung zu stützen und um zu verhindern, dass noch tiefgreifendere wirtschaftliche und soziale Schäden entstehen.

Mit dauerhafter Partnerschaft und koordiniertem internationalem Einsatz kann der Libanon dem Zustand der Krisenbewältigung entkommen und auf einen glaubwürdigen Weg zu Erholung, Reform und inklusivem Wachstum gelangen, der seinem Volk neue Chancen eröffnet und seine Würde zurückgibt.